

### Sie möchten inserieren?

Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden sie auf der letzten Seite im Impressum.



# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND

PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Eidgenössische Politik</b> <i>Neutralität ist wichtiger denn je</i> von Nina Fehr Düsel Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> <i>Jetzt geht's um den Ständerat</i> von Thomas Matter Seite 3	<b>Aktuell</b> <i>Die GLP – mehr grün als liberal</i> von Reinhard Wegelin Seite 4–5	<b>Parlamentsgemeinden</b> <i>Stadträtin Karin Rykart fördert rechtsfreie Räume</i> von Camille Lothe Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> <i>SVP am Züri-Oberland-Märt in Wetzikon</i> Seite 8
---	--	---	--	---

ZWEITER WAHLGANG STÄNDERATSWAHLEN AM 19. NOVEMBER 2023

## Es braucht zwingend einen bürgerlichen Zürcher Sitz im Ständerat

In rund zwei Wochen steht die wegweisende Wahl an, wer den zweiten Sitz als Zürcher Ständerat gewinnen wird. Wir haben viel getan, aber jetzt dürfen wir uns nicht ausruhen. Nur mit vereinten Anstrengungen aller freiheitlich und bürgerlich gesinnten Personen wird unser Kandidat Nationalrat Gregor Rutz nach 16 Jahren Absenz in der kleinen Kammer SVP-Ständerat.

Der erste Wahlgang am 22. Oktober hat es gezeigt: Gregor Rutz hat mit deutlichem Abstand am zweitmeisten Stimmen erreicht. Doch nun sind die Karten neu gemischt und das Kandidatenfeld hat sich auf zwei Kandidaturen verringert. Das Rennen ist offen und erst am 19. November 2023 wird abgerechnet. Dieser Sitz ist zu gewinnen. Aber für den unbedingt notwendigen bürgerlichen Erfolg und zur Verhinderung einer linken Doppelvertretung des Kantons Zürich in der kleinen Kammer müssen wir alle die verbleibenden 16 Tage nutzen und die Stimmenmehrheit für Nationalrat Gregor Rutz ermöglichen.

### Bürgerlicher Schulterschluss für Gregor Rutz

Doch «nur» mit unseren SVP-Stimmen wird es uns nicht gelingen. Wir brauchen die Unterstützung aller bürgerlich und freiheitlich gesinnten Stimmberechtigten. In der letzten Woche haben sich immer mehr Wirtschaftsverbände hinter die Kandidatur von Gregor Rutz gestellt, denn eine linke Doppelvertretung wäre für den Kanton Zürich fatal. Sowohl die ländlichen als auch

die städtischen Gebiete sind auf eine starke bürgerliche Stimme in Bern angewiesen.

Die Gegenkandidatin von der GLP, Tiana Moser, gibt sich in ihrem Auftritt moderat, doch sie ist eine Vertreterin der Linken. Ihr Abstimmungsverhalten im Nationalrat unterscheidet sich kaum von jenem der Linken. Wie Reinhard Wegelin in seinem Artikel auf Seite 5 zeigt, ist die GLP-Fraktionschefin ausgesprochen EU-freundlich und befürwortet eine Unterstellung der Schweiz unter den EU-Gerichtshof. Auch in der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Migrationspolitik vertritt Moser linke Positionen.

Die Wahl ist eigentlich eindeutig. Die Empörung war deshalb diese Woche gross, als sich gewisse angeblich bürgerliche Gruppierungen, wie die FDP-Frauen, für eine Stimmfreigabe entschieden. Diese ist nicht nur opportunistisch, sondern schadet der bürgerlichen Politik und unserem ganzen Kanton.

Glücklicherweise sehen das auch viele Bürgerliche innerhalb von Mitte und FDP so. Führende Politiker beider Parteien haben deshalb ein «Manifest für einen bürgerlichen Zürcher Sitz im Ständerat» veröffentlicht, das wir an unsere Mitglieder versandt haben und das wir hier nochmals auf Seite 5 in voller Länge abdrucken. All dies stimmt mich positiv.

Es zeigt, dass nicht nur die SVPler realisieren, dass es jetzt ums Ganze geht,

sondern auch viele andere Bürgerliche. Am Schluss wird die Seite gewinnen, die besser mobilisiert.

### Die SVP muss jetzt alles geben

Mehr als 1500 Plakate und über 100 Blachen sind verteilt und stehen an Strassenrändern oder werden in den nächsten Tagen noch aufgestellt. Unsere Sektionen, Mandatsträger und SVP-Mitglieder haben bereits vergangenes Wochenende einige Standaktionen durchgeführt oder werden bis zum 19. November 2023 noch weitere zahlreiche Anlässe durchführen.

Nächste Woche starten wir eine Telefonaktion mit mehreren tausend potenziellen Kontakten. Glücklicherweise zählen wir mit Gregor Rutz einen ausgezeichneten Wahlkämpfer in unseren Reihen, der tagtäglich an mehreren Veranstaltungen auftritt. Wir tun alles, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen.

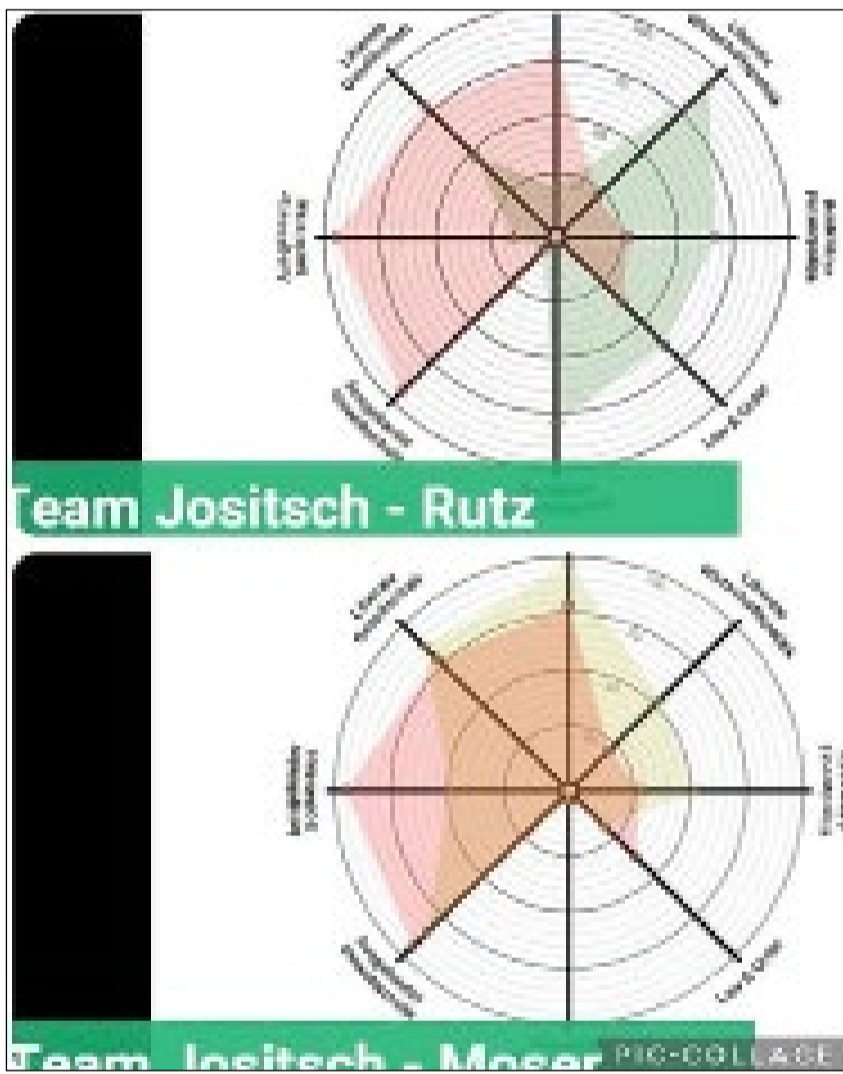
In der Schlussphase ist es zentral, dass alle SVP-Unterstützer einen wesentlichen Beitrag leisten. Mobilisieren Sie Ihr Umfeld zur Wahl von Gregor Rutz, teilen Sie unseren Wahlaufdruck oder Flyer von Gregor über alle sozialen Kanäle und WhatsApp.

Alle Unterlagen finden Sie in den jeweiligen Newslettern, die freitags verschickt werden, oder auch auf unserer Homepage [www.svp-zuerich.ch](http://www.svp-zuerich.ch).

Helfen Sie mit, nach 16 Jahren wieder einen Zürcher SVP-Vertreter in den Ständerat zu wählen.



Marco Calzimaglia  
Parteisekretär  
SVP Kanton Zürich



Die Profile von Jositsch und Rutz unterscheiden sich deutlich, jene von Jositsch und Moser kaum. Nur Gregor Rutz garantiert eine breite Vertretung des Kantons Zürich.  
Bild: Instagram (Therese Schläpfer)/Smartvote.ch

## Nachhaltigkeits-Initiative

# Keine 10-Millionen-Schweiz

**Das will die Initiative erreichen:**  
JA zu einer nachhaltigen Bevölkerungsentwicklung statt zu einer ungesteuerten, ungebremsten Bevölkerungsexplosion.

Spendenkonto:  
IBAN: CH45 0884 5330 3556 0000 0  
IG Nachhaltigkeitsinitiative

**Jetzt Volksinitiative unterschreiben**

[nachhaltigkeitsinitiative.ch](http://nachhaltigkeitsinitiative.ch)

**Mauro Tuena**  
Nationalrat

Herzlichen Dank für 124'244 Stimmen und Ihre Unterstützung!

16. Nov. am 10h 30 in der Ständeratskammer  
Gregor Rutz



Christoph  
Mörgeli

## Perfetto und paletti in Chiasso

Ständerat Marco Chiesa (SVP) hat im ersten Wahlgang mit Abstand am meisten Stimmen im Tessin erhalten. Denn der Kanton ächzt unter der Verkehrs- und Verdrängungslast von 80 000 Grenzgängern. Und unter dem Ansturm von Asylanten aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Darum sagte Marco Chiesa den anderen Parteipräsidenten: «Niemand von euch würde heute in Chiasso leben und wohnen wollen.»

Der «Blick» sprach mit Bewohnern im «Lampedusa der Schweiz».

Diese beklagen sich über stehlende, randalierende und gewalttätige Flüchtlinge. 600 sind es inzwischen, und sie sorgen für Angst, Wegzüge und über 500 Polizeieinsätze seit Jahresbeginn. Sofort reiste auch Radio SRF nach Chiasso, um mit den Opfern zu sprechen. Opfer sind selbstverständlich nicht die Dorfbewohner, sondern die Asylanten. Unser Staatssender kommt in Chiasso zum Fazit: «Von Asylchaos keine Spur.» Nichts. Nicht mal in Spurenelementen. Stattdessen werde «Integration gelebt».

Radio SRF findet keine jungen Männer, dafür das afghanische Mädchen Hadia, das selbstverständlich perfekt Italienisch spricht und sich fleissig mit einer Handarbeit beschäftigt. Im «Sozialisierungszentrum», einem «Glücksfall» am Stadtrand, «vergnügen sich rund zwei Dutzend Kinder». Auch Frau Khalad aus Syrien parliert in allerbestem Italienisch. Dank den Flüchtlingen «kehre Leben ein in das leerstehende Gebäude». Als Zeugin des «friedlichen Zusammenlebens» dient Roberta Pantani, angeblich ein «ehemaliges langjähriges Regierungsmitglied». Nur: Pantani war überhaupt nie Regierungsmitglied.

Der FDP-Gemeindepräsident sieht die Lösung darin, die Asylanten besser zu verteilen: «Die hohe Zahl an Asylsuchenden verunsichert vor allem die ältere Bevölkerung.» Die verantwortliche SRF-Journalistin Karoline Thürkauf wohnt natürlich nicht in Chiasso. Sondern im schönen Massagno über dem Luganersee. Der Opferstatus gilt nur für die Eindringenden, nie aber für die bereits Ansässigen. Die Humanität vom Zwangsgebühren-Sender SRF besteht darin, die Fischer zu verachten, sich aber von deren Fischen zu ernähren.

Der FDP-Gemeindepräsident sieht die Lösung darin, die Asylanten besser zu verteilen: «Die hohe Zahl an Asylsuchenden verunsichert vor allem die ältere Bevölkerung.» Die verantwortliche SRF-Journalistin Karoline Thürkauf wohnt natürlich nicht in Chiasso. Sondern im schönen Massagno über dem Luganersee. Der Opferstatus gilt nur für die Eindringenden, nie aber für die bereits Ansässigen. Die Humanität vom Zwangsgebühren-Sender SRF besteht darin, die Fischer zu verachten, sich aber von deren Fischen zu ernähren.

## UNO-AFFÄRE

### Neutralität ist wichtiger denn je

Ausgerechnet nach dem erschütternden Massaker der Hamas unterstützt die Schweizer UN-Delegation eine israelfeindliche Resolution. Dies zeigt: Die Schweizer Neutralität ist wichtiger denn je.



Nina Fehr Düsel  
Kantonsrätin SVP  
Küsnacht

Es braucht ziemlich viel, dass mich etwas so erschüttert. Das war und ist nun aber gleich zweimal der Fall. Zuerst sind es die Massaker, welche die Hamas-Terroristen gegenüber israelischen Zivilisten, Frauen, Alten und sogar Kleinkindern verübt haben – mit Szenen, die unerträglich und unbeschreiblich sind. Ein zweites erschütterndes Ereignis ist für mich die Tatsache, dass die Schweizer UNO-Vertretung am vergangenen Freitag zur Freude der Hamas eine einseitige Resolution gegen Israel unterstützt hat. Diese Resolution – u.a.

auch von Nordkorea eingebracht – verlangt eine sofortige «humanitäre Waffenruhe», wobei jeder Hinweis fehlt, dass die erneute Eskalation durch den Hamas-Terror ausgelöst wurde. Israel wird damit gleichzeitig das Recht zur Selbstverteidigung abgesprochen.

#### Zur Neutralität bekennen

Ausgerechnet die neutrale Schweiz gesellt sich zu den Israel-Feinden, während sich beispielsweise Italien, Finnland, Schweden und die Niederlande der Stimme enthalten haben. Dazu kommt, dass die Schweiz das Palästinenser-«Hilfswerk» (UNRWA) bislang mit über 600 Millionen Steuerfranken unterstützt hat und es weiterhin unterstützen will – mit Millionen, welche auch den Hamas-Terroristen zugutekommen. Die bürgerlichen Kräfte in Bundesbern müssen das Treiben des

## TERRORANGRIFF DER HAMAS AUF ISRAEL

### Die Schweiz zwischen Abgründen und Hintergründen

Der unbeschreiblich menschenverachtende Angriff der Hamas auf die Zivilbevölkerung hat mögliche Hintergründe, die nicht thematisiert wurden. Das ist geostrategisch mit Blick auf die Ukraine verheerend. Aber auch für die Schweiz hat der verbrecherische Akt seine Konsequenzen.



Bernhard im Oberdorf  
Kantonsrat SVP  
Zürich

Es ist fast schon unglaublich, dass sich zum tristen «Jubiläum» des Jom-Kippur-Krieges die Geschichte wiederholt: 1973, also just vor 50 Jahren liess sich Israel von den angrenzenden Staaten überraschen, weil man es in Tel Aviv nicht für möglich gehalten hatte, dass an diesem hohen Festtag ein Angriff erfolgen würde.

#### Ignorierter Hinterhalt

Hat man in der Militärführung gewisse Signale nicht angemessen interpretiert, um sich vorsehen zu müssen? Waren zu viele Truppen im Westjordanland zur Unterstützung der Siedler stationiert oder war es eine geradezu unerhörte Schlampe in der Kommunikation zwischen der militärischen und der politischen Führung? Für das unentschuld bare Versagen gibt es viele Erklärungen, aber noch keine klare Antwort.

Aber man wird auch weiterdenken müssen. Eine gewisse Eskalation könnte Ministerpräsident Benjamin Netanyahu innenpolitisch durchaus dienlich sein. Angesichts der Spaltung des Landes wegen seiner autoritären Justizreform sorgt die äussere Bedrohung dafür, dass sich die Reihen hinter ihm schliessen. Aber selbst in diesem Falle hätte man sich enorm verschätzt, indem man die Möglichkeit einer solchen Gewalt nicht ins Abwehrdispositiv einbezogen hat.

Denn als Resultat des Massakers nimmt auch die Regierung Schaden – nicht zuletzt auch, weil sich Netanja-

hu in die Abhängigkeit von ultraorthodoxen Minderheiten begab um seines eigenen Machterhaltes willen.

#### Eine Entlastungsoffensive für Moskau?

Weiter könnte ein solcher Angriff auch als eine Entlastungsoffensive zugunsten der russischen Aggression gesehen werden: Denn jetzt ist kaum mehr von der Ukraine die Rede, sondern nur noch von Israel. Das könnte nicht nur die Mittel für die Unterstützung splitten, sondern auch eine Kriegsmüdigkeit an der ukrainischen Front befeuern, so wie das Moskau über die Putinversteher im Westen wohl einkalkuliert. Der Ukrainekrieg wäre für die Verteidiger längst erfolgreicher, wenn die militärische Unterstützung nicht mit «angezogener Handbremse» erfolgen würde.

#### Pro-Hamas-Demonstrationen sorgen für Unverständnis

Die propalästinensischen Demonstrationen verniedlichen die Barbarei der radikalen Kräfte in einem verständlichen Mass. Das einseitige Narrativ sorgt selbst bei jenen für Empörung, die für berechnete Anliegen der Palästinenser durchaus offen sind. Im Windschatten des Hamas-Terrors geben sich damit Putin- und Hamasversteher die Hand: mit unabsehbaren Folgen.

Damit ist auch die Frage zu stellen, welche Rolle der Iran spielt, dessen Regime barbarisch autoritär ist: Es beliefert die Russen mit Waffen, insbesondere mit gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Drohnen und wünscht dem Staate Israel die Vernichtung. So könnten hinter den Kulissen auch Seilschaften bestehen, die nicht offengelegt werden.

#### Manipulation der Meinung

Am Anfang der propalästinensischen Demonstrationen, welche die sadistischen



Ist SP-Mitglied Pascale Baeriswyl, Chefin der Ständigen Mission der Schweiz bei der UNO, die richtige Person für ihren Posten? Bild: Wikipedia

Aussendementes und der linken Kreise, die mit den Terroristen sympathisieren, nun definitiv stoppen. Zudem muss die Neutralitätsinitiative, welche

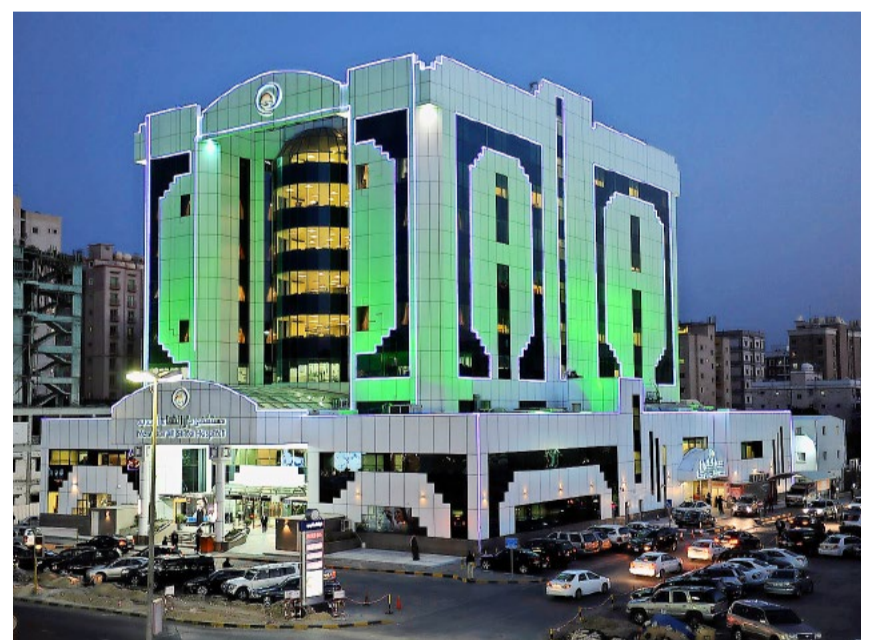
unsere umfassende Neutralität in der Verfassung verankern und wiederherstellen will, mit aller Kraft vorangetrieben werden.

len Medien geht ein aufputschender, unreflektierter Tsunami an Hasstiraden um.

#### Schweiz im Irrgarten der Irrlichter

Auch in der Schweiz kursieren propalästinensische Demonstrationen; unter den Tisch gefegt wird dabei die Tatsache, dass die Hamas auch grosses Leid der palästinensischen Bevölkerung auf sich nehmen, um ihre eigenen Ziele zu erreichen: Diese dürften die eigene Machtentfaltung sein, vielleicht bis hin zu einer Diktatur der Hamas in Palästina: Die hintergangenen Palästinenser wären bloss das Vehikel.

Einem solchen Irrlicht sitzt die Schweiz auf, wenn sie in der UNO unter der Flagge eines Waffenstillstandes für eine empörend einseitige und ignorante Resolution votiert, statt sich zu enthalten: das ist schwer verständlich, auch wenn die Hamas hierzulande verboten wird und Zahlungen, die sie missbraucht hat, eingestellt werden. Die Glaubwürdigkeit der Unabhängigkeit geht so verloren.



Die Hamas möchte aus Propagandagründen möglichst viele zivile Opfer provozieren. Nach israelischen Militärangaben befindet sich ihr Hauptquartier unter dem Shifa-Spital in Gaza-Stadt. Bild: Wikipedia

## Asyl-Chaos: Grenzkontrollen JETZT!

Das von Linksrün verantwortete Asyl-Chaos ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land!

Rekord an Illegalen: Allein im September kamen 7120 illegale Migranten in die Schweiz. Seit Januar waren es total 34371!

Asylzahlen explodieren: Seit bekannt ist, dass SP-Asylministerin Elisabeth Baume-Schneider alle Afghaninnen aufnehmen will, steigen die Asylzahlen nochmals massiv an. Dabei meldete der Bund schon im August rekordhohe 129 000 Asylanten in unserem Land!

Die Folgen: Milliarden-Kosten, weiter steigende Gewalt, Kriminalität und Gefahr durch islamistische Terroristen, glänzende Geschäfte für Schlepperbanden, noch mehr Sozialfälle und Integrationsverweigerer.

Überall in Europa wurden längst wieder Grenzkontrollen eingeführt. Mit dieser Petition fordern wir vom Bundesrat sofort:

- Grenzkontrollen einführen
- Praxisänderung für Afghaninnen stoppen
- Asylmissbrauch und Schlepperbanden stoppen

Jetzt unterschreiben auf <https://petition.svp.ch/#unterschreiben>

## AUS DEM KANTONS RAT

## Unspektakulärer Monatsabschluss



**Barbara Grüter**  
Kantonsrätin SVP  
Rorbass

Schon wieder sind wir am Ende des Monats angelangt und daher steht, wie gewohnt, am letzten Montag des Oktobers eine Doppelsitzung an.

Und manchmal ist es auch der Fall, dass viele Geschäfte im Sinne von «Business as usual» erledigt werden können und weniger der Kategorie «Spannendes aus dem Kantonsrat» angehören.

## Mehr Geld für das Theater Zürich

Etwas zu diskutieren gab an diesem Morgen Traktandum fünf zur Bewilligung des Rahmenkredits für den Betrieb der «Genossenschaft Theater für den Kanton Zürich» für die Spielzeiten 2024/25–2029/30. Das Theater Zürich wird von rund 20 Gemeinden und gut 200 Privatpersonen als Genossenschaftsmitgliedern getragen. Seit 2001 trägt der Kanton Zürich das Theater Zürich (TZ) in Form von 6-jährigen Rahmenkrediten finanziell mit und hat somit die finanzielle Hauptverantwortung. Für die kommenden 6 Spielzeiten wird nun um eine Krediterhöhung von 2,4 Mio. pro Jahr auf 2,8 Mio. Franken pro Jahr ersucht. Aufgrund der grossen Nachfrage von Spielzeiten übersteigen die Anfragen die leistbaren Angebote. Es benötigt mehr externe Schauspieler und Technik, um den regulären Leistungsbetrieb des TZ nicht zu gefährden. Zudem können nicht alle Produktionen kostendeckend verrechnet werden. Eine Mehrheit der Kommission für Bildung und Kultur möchte den Kredit gutheissen, die bürgerliche Kommissionsminderheit aus SVP und FDP lehnt den Antrag dagegen aus ordnungs- und fi-

nanzpolitischen Gründen ab. Es sollen in der aktuellen Finanzlage des Kantons Zürich vermehrt Notwendiges von Wünschbarem unterschieden und auch erfolgreiche Produktionen nicht einfach stillschweigend weitergeführt werden. Der Rahmenkredit von rund 16,4 Mio. Franken für weitere 6 Jahre untersteht zudem der Ausgaben-Bremse gemäss Art. 56 der Kantonsverfassung und verlangt eine Mehrheit des gesamten Kantonsrates von also mindestens 91 Stimmen. Leider stimmte der Rat der Kreditvorlage mit 96 zu 75 Stimmen zu und auch das Quorum der Ausgaben-Bremse wurde mit 109 Stimmen erreicht.

## Mehr finanzieller Spielraum für Gemeinden

Ein Postulat der FDP, das das Ziel hat, das Gemeindegesetz anzupassen, um die Bildung von finanzpolitischen Reserven zu ermöglichen, konnte an den Regierungsrat überwiesen werden. Der Regierungsrat war bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Von grüner Seite wurde aber der Antrag auf Nichtüberweisung gestellt, somit kam es auch hier zu einer kleinen Diskussion im Rat. Mit der finanzpolitischen Reserve erhalten die Gemeinden ein Instrument, um Schwankungen der Jahresereignisse zu glätten oder ein angestrebtes Eigenkapitalziel zu erreichen. Die Reserve ist im Gegensatz zu den Vorfinanzierungen von Investitionsvorhaben nicht zweckgebunden.

Sie dient ausschliesslich der finanzpolitischen Steuerung. Es gibt den Gemeinden die Möglichkeit, bei nicht vorhergesehenen Einnahmen, wie beispielsweise Mehreinnahmen von Grundstücksgewinnsteuern oder hohen Erträgen aus der passiven Steuerauscheidung, eine finanzpolitische Reserve zu bilden, auch wenn diese im ordentlichen Budgetprozess nicht abgebildet war.

Das Gemeindegesetz gibt derzeit vor, dass nur budgetierte Erträge in die Reserve fliessen dürfen.

Nur eine «grüne Minderheit» war der Meinung, dass grundsätzlich im Finanzhaushalt alles planbar wäre und das Postulat somit unnötig. Auch Grundstücksgewinnsteuern seien absehbar, es bedürfe lediglich einer Einschätzung zu Verkäufen durch das Steueramt. Somit konnte dieses Postulat in fast ganzheitlicher Einigung an den Regierungsrat überwiesen werden bei 143 zu 20 Stimmen und 2 Enthaltungen.

## Nach dem Mittag ist vor dem Mittag

Auch die Nachmittagssitzung konnte an diesem Montag nicht mehr mit viel spannenderen Themen punkten.

So stand unter anderem noch die Aufhebung bzw. Ablösung des NOK-Gründungsvertrages durch einen Aktionsbindungsvertrag und eine Änderung des EKZ-Gesetzes auf der Arbeitsliste des Rates. Hier sollte ein Vertrag aus dem Jahre 1914 abgelöst, ein Kantonsrats-Beschluss – ebenso aus dem Jahre 1914 – aufgehoben, zwei Gesetzesänderungen abgesehen, vier Postulate erledigt, sowie zwei Abschreibungen von dringlichen Postulaten in einem erledigt werden. Angesichts dessen soll mal jemand sagen, der Kantonsrat sei nicht effizient. An dieser Stelle aber nun das ganze Geschäft mit allen Kommissions-, Minderheits- und Rückweisungs-Anträgen zu erläutern, würde meine redaktionelle Kompetenz sprengen.

Es kann also einfach gesagt werden, dass es im Kantonsrat durchaus «einfache», ganz «unspektakuläre» Montage gibt, an welchen viele Geschäfte im Sinne von «Business as usual» erledigt werden.

Wir sehen uns nächste Woche im Rat. In alter Frische.

## WORTE DES 1. VIZEPRÄSIDENTEN DER SVP KANTON ZÜRICH

## Jetzt geht's um den Ständerat!

Die eidgenössischen Wahlen dieses Jahres sind für die SVP Schweiz erfreulich ausgefallen. Eine Zunahme von neun Nationalratssitzen bedeutet für hiesige Verhältnisse eine markante Verschiebung im Parlament. Hinzu kommen insgesamt fünf weitere Sitze für die EDU, die Tessiner Lega und den Mouvement Citoyens Genevois, deren Vertreter sich ebenfalls der SVP-Fraktion anschliessen oder die zusammen eine eigene Fraktion bilden könnten. In den Fragen der Zuwanderung, des Asyls und der Europapolitik ist die Übereinstimmung vollständig. Auch darf man bei dieser Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses nicht vergessen, dass eine Stärkung der rechten Ratsseite zugleich eine Schwächung der linken Ratsseite bedeutet, was hoffen lässt, dass die Parlamentsentscheide in den kommenden vier Jahren doch etwas bürgerlicher ausfallen. Auch bei den Ständeratswahlen in den Kantonen dürfte die SVP ihre Mandate zumindest halten, möglicherweise liegen bei den zweiten Wahlgängen sogar noch Gewinne drin.

Aus Sicht der Zürcher SVP ist natürlich bedauerlich, dass der Gewinn eines elften Nationalratsmandats ganz knapp verfehlt wurde. Im Vergleich zu anderen Kantonalparteien haben wir uns zwar wacker geschlagen, aber eben nur bescheiden zulegen können. Unsere Parteileitung wird die Resultate genau analysieren und entsprechende Lehren ziehen. Mit einem Wähleranteil von 27,35 Prozent konnten wir nicht an die Erfolge der Jahre 1999 bis 2015 anknüpfen, aber doch das Resultat von 2019 übertreffen. Selbstverständlich macht es die Bevölkerungs-

entwicklung im Kanton Zürich der SVP nicht leicht, denn die Zuwanderung, das Wachstum der Agglomerationen und Städte sowie die Masseneinbürgerungen nützen uns nicht. Positiv gilt aber anzumerken, dass die Zürcher SVP eine echte Volkspartei bleibt und gegenüber den ersten sechzig Jahren ihres Bestehens ihren Wähleranteil auf hohem Niveau hält.

Einen grossen Zwischenerfolg konnte die SVP mit ihrem Ständeratskandidaten Gregor Rutz verbuchen. Er hat hinter dem wiedergewählten SP-Kandidaten mit Abstand das zweitbeste Ergebnis erzielt und geht am 19. November als einziger verbliebener bürgerlicher Kandidat in den zweiten Wahlgang. Die FDP hat ihre Kandidatur zugunsten von Gregor Rutz zurückgezogen, und es gilt jetzt, mit vereinten bürgerlichen Kräften diesen Sitz zu erhalten. Mit der Grünliberalen Tiana Moser, hinter die sich bezeichnenderweise die SP und die Grünen sofort gestellt haben, hätten wir neben Daniel Jositsch (SP) eine zweite linke Ständevertreterin im Ständerat. Man braucht nur Mosers bisheriges Abstimmungsverhalten im Nationalrat zu analysieren, um zu sehen, dass sie in praktisch allen Positionen der linken Ratshälfte gefolgt ist. Wer etwas an ihrem Grün kratzt, stösst rasch auf die Farbe Rot – und das Beiwort «liberal» in ihrer Parteibezeichnung scheint für sie ein Fremdwort zu sein.

Falls es nicht gelingt, den Einzugs von Tiana Moser in den Ständerat zu verhindern, wäre der Kanton Zürich erstmals in der 175-jährigen Geschichte des Bundesstaates mit zwei Linken in der Kleinen Kammer vertreten.

Darum gilt es, alle bürgerlichen Kräfte zu Stadt und Land hinter Gregor Rutz zu scharen. Es geht am 19. November um mehr als um blosser Parteipolitik, nämlich um die Verhinderung einer «ungeteilten» linken Stimme im Ständerat. Dass sich die Mittepartei nur gerade zu einer Stimmeneinhaltung durchringen konnte, dürfte sie möglicherweise noch bereuen. Spätestens dann, wenn die Mitte wieder die uneingeschränkte Unterstützung von SVP und FDP bei den Regierungswahlen erwartet.

Während sich die Zürcher Wirtschaftsverbände einhellig hinter Gregor Rutz stellen, ist das Verhalten des Verbands der Schweizer Maschinenindustrie (Swissmem) höchst befremdlich. Zuerst kommunizierte der Verband, er wolle Tiana Moser unterstützen, um sich dann vom eigenen Vorschlag zu distanzieren und Stimmfreigabe zu verkünden. Dieser Verband, dessen Direktor als FDP-Kandidat an den Wahlen teilgenommen hat, sollte sich erst einmal darauf besinnen, was die rotgrüne Politik von Tiana Moser für den Wirtschaftsstandort Schweiz bedeuten würde. Geben wir darum in den verbleibenden Tagen alles, dass mit Gregor Rutz auch eine bürgerlich-liberale Stimme in den Ständerat einzieht!



von  
**Thomas Matter**

## KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

## Die SVP verzeichnet einen Erfolg in der Energiefrage



**Paul von Euw**  
Kantonsrat SVP  
Bauma

Am vergangenen Montag sprach sich der Zürcher Kantonsrat im Rahmen der Neuerung des Energiegesetzes für eine ausreichende und wirtschaftliche Stromversorgung aus. Diese Änderungen wurden im Rahmen der Energiegesetzanpassung im Zusammenhang mit dem NOK-Ablösevertrag formuliert. Während fast zweier Jahre arbeitete die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt an diesem Geschäft.

Innerhalb dieser Zeitspanne tauchte das Gespenst der Strommangellage auf. Ein gefährliches, unvorstellbares Szenario mit gigantischem Schadenpotenzial. Dieser Schatten über der nationalen und internationalen Energiepolitik muss mit allen Mitteln beseitigt werden. Im Rahmen der erwähnten Anpassungen im kantonalen Energiegesetz bot sich nun die Möglichkeit, der grössten Schweizer Stromversorgerin, der AXPO, diesen Auftrag zu erteilen. Genauer gesagt sind nun der Zürcher Regierungsrat sowie die EKZ in der Pflicht, sich im Rahmen ihrer Stimmrechte für eine sichere, zuverlässige, wirtschaftliche und saubere Stromversorgung einzusetzen. An sich nichts Neues. Denn

diese Attribute haben in der eidgenössischen Stromversorgung Tradition. Leider wurden aber durch die grüne Energiepolitik diese Vorzüge zu einem beachtlichen Teil abgeschafft.

Für diese Auftragsumsetzung ist es zentral, dass versorgungsrelevante Kraftwerke und Infrastrukturen nur bedingt verkauft werden können. Die Gefahr des Verkaufes bestand bereits vor einigen Jahren, als die AXPO probierte, einen beachtlichen Teil ihrer Wasserkraftwerke abzustossen. Dies soll nach dem Willen des Zürcher Parlamentes nicht mehr möglich sein.

Die Aufträge sind im Rahmen der kantonalen Möglichkeiten nun erteilt, der Wille ist klar. Es bleibt abzuwarten, wie sich der Verwaltungsrat sowie die operative Führung der AXPO verhalten werden. Zu hoffen bleibt, dass auch weitere AXPO-Eigentümer sich für dieselben Attribute der Stromversorgung aussprechen, um damit die grosse Verantwortung wahrzunehmen.

Somit würde die Chance entstehen, dass sich ein Stromversorgungsunternehmen ehrlich zur desolaten Energiestrategie äussert. Die Umsetzung des am Montag erteilten Auftrages fordert auch Konsequenzen. Denn nach wie vor kann niemand sagen, wie im Rahmen der aktuellen Energiestrategie die elektrische Energie für die Dekarbonisierung in genügendem Masse hergestellt werden kann.

Wir bleiben dran!

## FRAGWÜRDIGE BEGRIFFE

## Unheilige Allianz?



**Urs Wegmann**  
Kantonsrat SVP  
Neftenbach

In der Berichterstattung über die Ablösung des NOK-Gründungsvertrages vom Kantonsrat wurde von einer unheiligen Allianz aus SP und SVP gesprochen, welche das Vorhaben vor 2 Jahren im ersten Anlauf scheitern liess. Dass dies richtig war, anerkennen wohl mittlerweile auch die übrigen Parteien. Als Kommissionsmitglied durfte ich an der Ausgestaltung mitarbeiten und erkenne nichts Unheiliges daran. Man hätte es eher ein gelungenes Beispiel nennen können, wie Politiker von nach aussen hin eher zerstrittenen Parteien absolut konstruktiv zusammenarbeiten und

Kompromisse eingehen können, wenn es um ein gemeinsames Ziel geht.

## Ständeratswahlen

Den Kanton Zürich in Bern beim Ständerat bestmöglich zu vertreten, ist die Aufgabe des Ständerates. Unheilig wäre ein passender Ausdruck, wenn Tiana Angelina Moser den zweiten Sitz holen würde. Ihr Abstimmungsverhalten zeugt davon, dass sie ausser in wenigen Bereichen ganz auf SP-Linie ist. Für eine ausgewogene Vertretung aller Zürcher und Zürcherinnen muss daher unbedingt der zweite Sitz an den bürgerlichen Vertreter Gregor Rutz gehen. Dass die linken Parteien andere Parolen aussenden, ist nachvollziehbar, würde aber zu einer sehr einseitigen Vertretung in Bern führen. Ich bin überzeugt, dass das Stimmvolk dies auch so sieht. Wichtig ist nun, dass alle Gregor Rutz aufschreiben und die Stimme vor dem 19. November abgeben!



## SVP WANGEN-BRÜTTISELLEN

## SVP-Standaktion für zweiten Ständeratswahlgang



Wichtige Informationen für den zweiten Wahlgang. KR Tobias Infortuna, Annamarie Widmer, René Widmer, Raphael Frei und Tiziana Meier (v.l.n.r.). Bild: ZVG

Die SVP Wangen-Brüttisellen führte zusammen mit Kantonsrat Tobias Infortuna aus Eg im Rahmen des zweiten Ständeratswahlgangs am vergangenen Samstag eine Standaktion durch. Beim Zentrum Freihof in Brüttisellen wurden Wahlflyer sowie SVP-Giveaways an die Passantinnen und Passanten verteilt. Gregor Rutz, Ständeratskandidat der

SVP, erreichte beim ersten Wahlgang im Kanton Zürich das zweitbeste Resultat, verpasste jedoch das absolute Mehr, weshalb am 19. November ein zweiter Wahlgang für die Ständeratswahlen stattfinden wird. In Wangen-Brüttisellen ging Gregor Rutz bei den vergangenen nationalen Wahlen vom 22. Oktober als Favorit für die Stände-

ratswahlen hervor und erhielt noch vor Daniel Jositsch am meisten Stimmen.

#### Bürgerliche Vertretung im Ständerat sichern

Erfreulich war das positive Echo, welches die SVP-Mitglieder während der Standaktion von der Bevölkerung erfahren durften. Denn viele Passanten sind bereit, Gregor Rutz ein zweites Mal auf den Wahlzettel zu schreiben. Allerdings wurde auch klar, dass einige Personen nicht wussten, dass am 19. November ein zweiter Wahlgang für die Ständeratswahlen stattfinden wird. Hier konnte die SVP Wangen-Brüttisellen zusammen mit Tobias Infortuna wertvolle Informations- und Mobilisierungsarbeit leisten. Für den wirtschaftsstärksten Kanton ist eine bürgerliche Vertretung im Ständerat von hoher Wichtigkeit. Die SVP Wangen-Brüttisellen würde sich freuen, wenn am 19. November wieder möglichst viele Stimmberechtigte an die Urne gehen, um Gregor Rutz im zweiten Wahlgang für die Ständeratswahlen zu unterstützen. Vielen Dank!

Tiziana Meier,  
Sozialkommission Wangen-Brüttisellen

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP WINTERTHUR VOM 31. OKTOBER 2023

## Marco Graf wird Interims-Präsident der SVP Winterthur

Die ausserordentliche Generalversammlung der SVP Winterthur hat Marco Graf aus Stadel (Winterthur) einstimmig zum Interims-Präsidenten gewählt. Er wird die SVP bis zur ordentlichen Generalversammlung 2024 führen. Maria Wegelin tritt als Präsidentin zurück und gibt auch ihr Amt als Stadtparlamentarierin ab. Zudem ist Manuel Zanoni neu in den Vorstand gewählt worden. Er wird Vizepräsident.

Marco Graf ist 40 Jahre alt, verheiratet und Vater zweier Kinder. Er ist KMU-Unternehmer und führt als Inhaber einen Maschinenbaubetrieb. Marco Graf ist Vorstandsmitglied der SVP-Sektion Oberwinterthur. Maria Wegelin ist seit 2019 Präsidentin der SVP Winterthur

und seit 2020 Stadtparlamentarierin. Sie hat die Führung der Partei in einer Phase der personellen Erneuerung übernommen und mit viel Herzblut und grossem Einsatz eine stabile und erfolgreiche Partei aufgebaut. Maria Wegelin hat 2022 für den Stadtrat und 2023 für den Nationalrat kandidiert. Manuel Zanoni ist 39 Jahre alt. Er ist Ökonom und Lehrer. Manuel Zanoni ist Vorstandsmitglied der SVP-Sektion Seen. Die SVP Winterthur dankt Maria Wegelin herzlich für ihren jahrelangen erfolgreichen Einsatz als Präsidentin. Die Partei gratuliert ihrem Interims-Präsidenten Marco Graf zur Wahl und wünscht ihm sowie Manuel Zanoni viel Erfolg in ihren Aufgaben.



Der Unternehmer Marco Graf wurde zum Interims-Präsidenten der SVP Winterthur gewählt. Bild: SVP Winterthur

## WAHLEN 23

## Hauseigentümerverband empfiehlt Gregor Rutz für den Ständerat

Gregor Rutz setzt sich seit Jahren für das Wohneigentum ein und will den Eigenmietwert abschaffen. Für den zweiten Wahlgang vom 19. November 2023 empfiehlt der Hauseigentümerverband Gregor Rutz zur Wahl in den Ständerat.

Nachdem im ersten Wahlgang Daniel Jositsch (SP) die Wahl in den Ständerat geschafft hat, wird am 19. November 2023 der zweite Zürcher Ständeratssitz gewählt. Für diesen zweiten Wahlgang treten Gregor Rutz (SVP) und Tiana Moser (GLP) nochmals an. Im ersten Wahlgang hat Gregor Rutz mit 154910 Stimmen das zweitbeste Resultat erreicht, Tiana Moser erhielt 105604 Stimmen. Damit die Interessen der Zürcher Haus- und Wohneigentümer im Ständerat weiterhin eine Stimme haben, empfiehlt der Hauseigentümerverband Gregor Rutz zur Wahl. Gregor Rutz setzt sich für das Wohneigentum ein, will den Eigenmietwert abschaffen und engagiert sich im Hauseigentümerverband.

## HEV-Rating

Im HEV-Rating hat der HEV Region Winterthur das Abstimmungsverhalten aller Nationalrätinnen und Nationalräte bei Abstimmungen zu Hauseigentumsthemen analysiert und ausgewertet. Mit einem Rating von 91,2 Prozent erreichte Gregor Rutz das beste HEV-Rating aller Ständeratskandidierenden. Tiana Moser erzielte ein HEV-Rating von 46,9 Prozent. Das HEV-Rating zeigt, dass sich Gregor Rutz in den vergangenen vier Jahren im Nationalrat für das Hauseigentum eingesetzt hat und diese Inter-

essen auch im Ständerat vertreten wird. Aufgrund des HEV-Ratings ist Gregor Rutz die beste Wahl für die Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer.

## Abschaffung Eigenmietwert

2016 hat der Hauseigentümerverband die Petition zur Abschaffung des Eigenmietwerts dem Parlament überreicht. Das neu gewählte Parlament wird nun über die Abschaffung des Eigenmietwerts entscheiden. Am 14. Juni 2023 hat der Nationalrat letztmals über die Abschaffung des Eigenmietwerts abgestimmt.

Bei dieser Abstimmung hat Gregor Rutz für die Abschaffung des Eigenmietwerts gestimmt, Tiana Moser hat sich bei der Abstimmung enthalten. Das Abstimmungsverhalten im Nationalrat zeigt, dass Gregor Rutz den Eigenmietwert abschaffen will. Gregor Rutz wird sich auch im Ständerat für die Abschaffung des Eigenmietwerts einsetzen.

## Engagement für das Wohneigentum

Der Hauseigentümerverband setzt sich für das Wohneigentum ein. Dabei werden diese Interessen auf Bundesebene vom HEV Schweiz vertreten, die Interessen im Kanton von den Kantonalver-

bänden und in den Gemeinden von den einzelnen Sektionen des Hauseigentümerversbands. Gregor Rutz setzt sich auf allen Ebenen für das Wohneigentum ein. Er ist Vorstandsmitglied im HEV Schweiz, Vizepräsident vom HEV Kan-

«Gregor Rutz setzt sich für das Wohneigentum ein, will den Eigenmietwert abschaffen und engagiert sich im Hauseigentümerversband.»

ton Zürich und Präsident vom HEV Zürich. Das Engagement von Gregor Rutz auf allen Ebenen des Hauseigentümerversbands zeigt, dass er sich sehr stark für die Wohneigentümerinnen und Wohneigentümer einsetzt.

## HEV empfiehlt Gregor Rutz zur Wahl in den Ständerat

Beim zweiten Wahlgang vom 19. November 2023 steht mit Gregor Rutz ein Kandidat zur Wahl, welcher sich seit Jahren für das Wohneigentum einsetzt, den Eigenmietwert abschaffen will und sich im Hauseigentümerversband engagiert. Der Hauseigentümerversband empfiehlt Gregor Rutz zur Wahl in den Ständerat.

## SVP ZÜRICH 11

## Letzter Polit-Apéro in diesem Jahr

Am Freitag, 27. Oktober 2023, fand der letzte Polit-Apéro der SVP Zürich 11 in diesem Jahr statt. Kreisparteipräsident Stephan Iten konnte über 30 Personen im Hotel/Restaurant Landhus in Zürich-Seebach begrüssen. Als Referent konnte Stephan Iten den Kommandant der Stadtpolizei Zürich, Beat Oppliger, willkommen heissen. Sein Referat beinhaltete auch ein paar eindrucksvolle Zahlen. Nachfolgend einige vom Jahr 2022: 170 000 Notrufe, 1530 Veranstaltungsgesuche, davon 1177 bewilligt, 901 811

Ordnungsbussen, 70 000 geführte Einsätze (im Schnitt 187 pro Tag), 3910 Verhaftungen (davon 3000 Zuführungen). Ausserdem findet im Schnitt eine Demonstration pro Tag in der Stadt statt. Von den Anwesenden wurden noch etliche Fragen gestellt. Es war ein sehr interessantes Referat, das wir vom Kommandanten der Stadtpolizei Zürich zu hören bekamen.

Peter Schick,  
Kantonsrat SVP Zürich



Kreisparteipräsident Stephan Iten bedankt sich beim Kommandanten der Zürcher Stadtpolizei Beat Oppliger für das spannende Referat. Bild: ZVG

## MEDIENMITTEILUNG DER SVP USTER VOM 31. OKTOBER 2023

## Spital Uster – mehr Transparenz und bessere Kommunikation!

Nach kontroversen Diskussionen und unter der Bedingung, dass die Kommunikation und die Transparenz verbessert werden, hat die SVP einer Aktienkapitalerhöhung von 20 Millionen Franken für das Spital Uster zugestimmt. Die aktuelle Kommunikation rund um die wichtige Stabilisierung des Spitals und den plötzlichen Wechsel in der Geschäftsleitung sind leider wenig vertrauensbildend. Die SVP fordert mehr Transparenz und bessere Kommunikation seitens Spital und Stadt Uster.

Nach kontroversen Diskussionen und unter der Bedingung, dass das Spital und die Stadt künftig transparenter kommunizieren, hat die SVP Uster der Aktienkapitalerhöhung von 20 Millionen Franken zugestimmt – wenn auch zähneknirschend. Für die Stadt und die Steuerzahler ist das eine beachtliche Summe. «Bereits in der Gemeinderatsdebatte hatte die SVP darauf hingewiesen, wie wichtig es nun ist, keine Schönfärberei mehr zu betreiben und die Kommunikation zwischen dem Spital, der Politik und der Öffentlichkeit zu optimieren, um das Vertrauen der Bevölkerung in das Spital wiederherzustellen», erklärt Markus Ehrensperger, SVP-Fraktionspräsident.

Entsprechend ernüchert ist die SVP nun über das aktuelle Verhalten und die Kommunikation der Spital-Verantwortlichen. So erfahren unsere Gemeinderäte aus der Zeitung vom Wechsel in der Geschäftsleitung der Spitaldirektion. Bereits in der Vergangenheit wurden wichtige Informationen zurückgehalten und schöngebetet, wie zum Beispiel die Auswirkungen des Bundesgerichtsurteils von 2022 und die damit verbundene Unterdeckung in der Bilanz fürs Budget 2023 der Stadt. Für die SVP-Fraktion ist dies ein weiteres Zeichen dafür, dass zwischen dem Spi-

tal und der Stadt Uster mangelnde Transparenz und Kommunikation herrschten. Dies wird durch den Umstand bestärkt, dass auch an der Gemeinderatssitzung zur Aktienkapitalerhöhung niemand der Spital-Verantwortlichen der Debatte beigewohnt hat. Mangelndes Interesse, mangelndes Verständnis oder mangelnde Kommunikation? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Anita Borer, SVP-Gemeinderätin, meint dazu: «Im März findet die Volksabstimmung über die besagte Kapitalerhöhung statt. Die Kommunikation des Spitals in solch bedeutenden Angelegenheiten spielt eine zentrale Rolle für das Vertrauen der Bevölkerung. Wir hoffen, dass sich das Spital Uster der Tragweite dieses Vertrauensbeweises bewusst ist und künftig mehr Transparenz und Offenheit an den Tag legt. Nur so kann das Vertrauen ins Spital wiederhergestellt werden.»

Die SVP Uster dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Spitals Uster für ihr grosses Engagement. Der SVP Uster ist wichtig, dass die Arbeitsplätze des Spitals und das Know-how erhalten bleiben und sich die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler sowie die Patientinnen und Patienten auf ein finanziell und personell gesundes Spital Uster verlassen können.

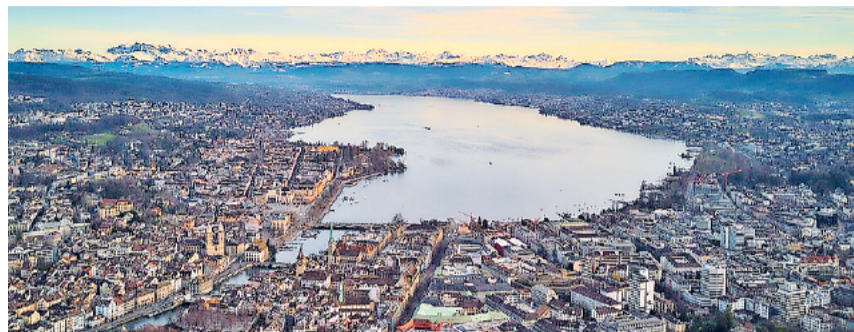


Die Kommunikation des Spitals Uster lässt zu wünschen übrig. Bild: Wikipedia

## ZWEITER WAHLGANG STÄNDERATSWAHLEN

## Manifest für einen bürgerlichen Zürcher Sitz im Ständerat – überparteiliche Unterstützung für Gregor Rutz

Dem Kanton Zürich blüht im Ständerat eine ungeteilte Standesstimme – der Linken. Das wäre fatal für den Wirtschafts- und Arbeitsplatz Zürich. Zudem würde eine linke Doppelvertretung die Zürcher Bevölkerung nicht abbilden, das gilt es zu verhindern. Das bürgerliche Lager hat mit Gregor Rutz einen bestens qualifizierten und in der Bevölkerung verankerten Kandidaten. Entscheidend ist nun die Mobilisierung – über die Parteigrenzen hinweg. Diese breite Unterstützung für Gregor Rutz bekunden die Unterzeichnenden mit diesem Manifest.



Eine linke Doppelvertretung wäre für den Wirtschaftsmotor Zürich fatal.

Bild: Wikipedia

Daniel Jositsch hat seinen Sitz im Ständerat bereits auf sicher. Mit Tiana Angelina Moser ist eine zweite linke Kandidatin im Rennen, die von SP und Grünen unterstützt wird. Moser und ihre Partei sind in der letzten Legislatur markant nach links gerückt. Sie sind gegen den Flughafen, sie sind gegen die Oberlandautobahn, sie stimmen in der Migrations- und in der Energiepolitik mit den Linken, um einige Beispiele zu nennen. Auf den Punkt gebracht heisst dies: Mit Daniel Jositsch und Tiana Angelina Moser hätte der Kanton Zürich eine linke Standesvertretung. Die Bürgerlichen wären nicht mehr vertreten. Dies gilt es zu verhindern.

Unabhängig vom eigenen politischen Standpunkt wird deutlich: Eine solche einseitige Vertretung wäre für die Entwicklung des Kantons nicht gut. Zürich steht auch deshalb so gut da, weil auf allen Ebenen die politischen Kräfte und die Gewichte austariert sind. Ausgerechnet im Ständerat einen wesentlichen

Teil der Bevölkerung auszuschliessen, wäre nicht klug und würde die Polarisierung von Links und Rechts sowie von Stadt und Land verstärken.

Aus bürgerlicher Sicht ist entscheidend, im Ständerat einen verlässlichen Ansprechpartner zu wissen. Zürich als wirtschaftliches Zentrum der Schweiz ist darauf angewiesen, eine Vertretung im Ständerat zu haben, die sich für den Standort, für die Unternehmen und für das Gewerbe einsetzt. OECD-Steuerreform, Finanzausgleich, Flughafen-Entwicklung, Energiesicherheit: Die Herausforderungen sind gross. Eine dezidiert bürgerliche Stimme im Ständerat ist zwingend. Auch die Landwirtschaft braucht eine starke Vertretung im Ständerat.

Gregor Rutz ist mit seinem klaren Profil, mit seiner Verlässlichkeit und seiner Erfahrung für diese Aufgaben ausgezeichnet geeignet. Sein gutes Resultat im ersten Wahlgang zeigt, dass er über die Parteigrenzen hinaus anerkannt

wird. Daher unterstützen wir die Kandidatur von Gregor Rutz aus Überzeugung und rufen unsere Mitglieder der Parteibasis auf, Gregor Rutz am 19. November ihre Stimme zu geben – für eine ausgewogene Standesvertretung und für eine Stärkung der bürgerlichen und wirtschaftsfreundlichen Kräfte im Kanton Zürich.

- Ruedi Noser (Ständerat FDP)
- Silvia Steiner (Regierungsrätin Die Mitte)
- Carmen Walker Späh (Regierungsrätin FDP)
- Hans-Jakob Boesch (Präsident FDP Kt. ZH)
- Jean-Philippe Pinto (Kantonsrat Die Mitte/Stadtpräsident)
- André Müller (Kantonsrat, Fraktionspräsident FDP)
- Ann Barbara Franzen (Kantonsrätin FDP)
- Erich Vontobel (Kantonsrat EDU)
- Jörg Kündig (Kantonsrat/Gemeindepräsident FDP)
- Linda Camenisch (Kantonsrätin FDP)
- Fabienne Farner (Vorstand FDP Frauen Kt. ZH)
- Matthias Müller (Präsident Jungfreisinn Schweiz)
- Yvonne Bürgin (Kantonsrätin Die Mitte, Fraktionspräsidentin)
- Dieter Kläy (Vizepräsident FDP Kanton ZH)
- Hans-Peter Portmann (Nationalrat FDP)
- Sandro Frei (Präsident Jungfreisinnige Stadt Zürich)

## WER IST DIE GLP?

## Die GLP – mehr grün als liberal

Die GLP biedert sich immer mehr bei den Linken an. Die NZZ schrieb kürzlich, die GLP sei im Zweifel grün vor liberal. «Offen, tolerant, grün, urban und hip» sei die Partei. Zürich ist so etwas wie die Geburtshelferin der Partei. Ihr Kurs ist aber heute eindeutig links



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär  
Pfäffikon ZH

Urbane Kreise sprechen gut auf die GLP an. Man wählt sie, ohne genau zu wissen, was eigentlich ihre Inhalte sind. Und die NZZ doppelt gleich nach: «Wer das Liberale sucht, oder das Wirtschaftsfreundliche, der wird in der GDP nicht mehr wirklich fündig.» Wahrer ist wohl: Man wurde bei der GLP noch nie fündig.

### Eigentümerfeindlich

Die GLP wirkt in manchen Themen sehr unzuverlässig. Nicht mal in Wirtschafts-



Der Europäische Gerichtshof in Strassburg steht für Tiana Moser über schweizerischen Gerichten.

Bild: Wikipedia

und Steuerfragen kann man mit ihr rechnen. So hat die GLP eine Initiative eingereicht, die höhere Steuern verlangt. Bei Liegenschaften, in denen nicht mehr alle Räume benutzt werden, konnte man bisher einen kleinen Abzug geltend machen. Diesen will die GLP jetzt streichen. Den Vogel abgeschossen hat die GLP mit ihrer Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich».

Diese ist eigentümerfeindlich, weil sie auf eine Verstaatlichung des Immobilienmarkts hinausläuft. Bei privaten Verkäufen von Liegenschaften den Gemeinden ein Vorkaufsrecht einzuräumen, ist weder liberal noch wirtschaftsfreundlich.

### Etatistisch

Die GLP ist unbrauchbar bei verschiedenen bürgerlichen und liberalen Themen. So will sie den Eigenmietwert nicht abschaffen. Sie war 2021 für die extrem schädliche Konzernverantwortungsinitiative, macht beim Thema Wokeismus jeden Blödsinn mit und findet sogar ein bedingungsloses Grundeinkommen in der Stadt Zürich toll. Diese etatistischen Leistungen gehen einher mit der Selbstdarstellung, man sei ja nicht so links wie die Grünen und grüne Politik sei eben nötig. Mit der Wahl der Grünliberalen könne man ja sein Gewissen etwas beruhigen.

### EU-freundlich

Schliesslich baut die GLP an einem geradezu überschwänglichen EU-Positivismus. Hauptverantwortlich dafür ist

Fraktionschefin Tiana Angelina Moser. Die Zürcherin, deren Lebensmittelpunkt mit ihrem Partner und SP-Nationalrat Aebischer schon länger in Bern liegt, will nun als Ständerätin den Stand Zürich vertreten. Moser gehört seit ihrer ersten Amtsperiode der aussenpolitischen Kommission (APK) an und hat diese auch präsiert. Sie betont bei jeder Gelegenheit die internationale Vernetzung der Schweiz, will heissen, die Schweiz soll überall mitmachen. In einem Interview mit dem Tages-Anzeiger sagte sie beispielweise, dass für sie der Europäische Gerichtshof, dem sich die Schweiz ohne Wenn und Aber unterstellen müsste, kein Feindbild sei. Die Beziehung zur Europäischen Union müsse «intensiviert» werden. Moser träumt immer noch von einem EWR II und bezeichnete die Grünliberalen auch schon als «letzte proeuropäische Kraft».

### Politische Beliebigkeit

Den Grünliberalen fehlt der Kompass. So hat man bei den Grossratswahlen im Kanton Luzern nicht einmal vor Listenverbindungen mit der JUSO zurückgeschreckt. Die GLP lässt offensichtlich kein sozialistisches Experiment aus. Man weiss nicht, was man will. Zwischendurch wird wieder mal rechts geblinkt, aber links abgebogen. So konzeptlos hat sich noch kaum eine Partei generiert. Man sollte die Partei an ihren Taten messen und nicht so sehr an ihren Auftritten. «Gelebte Nachhaltigkeit» tönt gut, ist aber nur eine sprachliche Selbstbeschreibung der politischen Beliebigkeit der GLP.

## WAHLEN 23

## Aufgewacht



Christoph Blocher  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Die eidgenössischen Wahlen 2023 waren hoffentlich ein Weckruf. Ein Weckruf der Bürger an die Politik, sich endlich um die echten Probleme zu kümmern. Also um die Lebenswirklichkeit in unserem Land. Die stark links stehenden Grünen und die EU-Grünliberalen verlieren 11 Sitze: Mit ideologischem Geschwätz über eine «Energiewende» führen diese Kräfte in den Stromkollaps und machen die Energie unbezahlbar. Als plumpe Lüge erweisen sich die versprochenen 40 Franken Mehrkosten pro vierköpfige Familie. Zur Weltenrettung sollen nun die abgase-schädigenden Kühe verboten werden. Wann kommen wir Menschen dran?

Solche Spinnereien haben am Wahltag die verdiente Quittung erhalten.

Aufgewacht sind hoffentlich auch endlich die bürgerlichen Parteien bezüglich der masslosen Zuwanderung

und der Asylmisere. Die Menschen erleben täglich, welche Nachteile sie für diese angebliche Segnung in Kauf nehmen müssen. Die Bürger sehen, zu welchen Verbrechen die fehlenden Grenzkontrollen führen. Auch wenn die Rassismuskommission Inserate anprangert, die lediglich die Wirklichkeit schildern. Die Wahlen am 22. Oktober waren ein kleiner Hinweis, dass es so nicht mehr geht.

Es ist zu hoffen, dass sich namhafte Politiker nicht mehr so sehr um ihr Image und ihr Prestige kümmern, dafür umso mehr um die Probleme der Bürger.

Viele Aushängeschilder wollen lieber selber gut dastehen, als dafür zu sorgen, dass ihre Parteien glaubwürdig dastehen. Es ist klar aufzuzeigen, dass wir die Verteuerung der Krankenkassenprämien, der Mieten und der Energie vor allem der linksgrünen Politik der ständigen Staatsaufblähung und der unbegrenzten Zuwanderung zu verdanken haben.

Ich hoffe nur, dass nach dem Gewinn von neun Nationalratsmandaten die SVP vorangeht. Und sie das Wahlergebnis nicht als Sieg feiert, sondern als Auftrag sehr ernst nimmt.

## ZWEITER WAHLGANG DER STÄNDERATSWAHLEN

## Zürcher Vertretung im Ständerat



Stephan Amacker  
Mitglied SVP Kanton Zürich  
Neftenbach

Die Machtbesoffenheit von Linksrün zeigt sich deutlich in der beabsichtigten Kandidatur der Grünen für einen Bundesrat und jetzt für den Ständerat des Kantons Zürich, obwohl die SP mit Daniel Jositsch bereits einen Vertreter gestellt hat.

Grüne und Jungsozialisten lehnen das erfolgreiche Konzept unserer Demokratie mit Konkordanz ab. Nach den letzten Aussagen von Tiana Moser folgt sie diesem üblen populistischen und undemokratischen Machtgehabe Punkt für Punkt.

Mit einem Wähleranteil der GLP von 12,4% wären die Wahlchancen ohne die Unterstützung der linken Kräfte sowie so chancenlos und Tiana Moser wird die propagierte Mitteposition der GLP nicht mehr vertreten können. Damit ergibt sich eine faktische Geiselhaft dieser vielbeschäftigten Person mit 7 Kindern im Haushalt und Nationalrat Matthias Aebischer als Partner – einem aktiven und extrem linken Sozialisten.

### Rutz vs. Moser: Kompetenz vs. Ideologie

Der Kanton Zürich müsste sich glücklich schätzen, Gregor Rutz in den Stän-

derat zu schicken: Ein untadeliger liberaler, bürgerlich denkender Mann ohne Starallüren, der praktisch jede Frage mit grossem Sachwissen beantworten kann und sich mit Herzblut für die Wirtschaft im Kanton einsetzt. Ich bin immer wieder erstaunt, über welches breite Wissen dieser Vollblutpolitiker verfügt. Neben einer soliden Ausbildung und beruflicher Tätigkeit hat er dieses Wissen aufgebaut und besitzt die Fähigkeit, es leicht verständlich an seine Gesprächspartner zu vermitteln. Dem gegenüber klopft Frau Moser die sattsam bekannten ideologischen Sprüche der Linken, wenn sie in der Diskussion durch Gregor Rutz überfordert wird.

Angesichts der schwachen Personen, die es in den vergangenen Jahren in die Räte und sogar in den Bundesrat geschafft haben, ist Gregor Rutz ein Lichtblick. Die letzten Wahlen haben gezeigt, dass die SVP mit hervorragenden Kandidaten und Kandidatinnen aufwarten konnte und auf gutem Weg ist, die faktische Mehrheit durch die linksgrüne Fraktion zusammen mit der Mitte im Nationalrat in Bedrängnis zu bringen. Der Grundstein für eine bürgerliche Zukunft ist gelegt und die Wahlen 2027 sind eingeläutet.

Für die Wahl des Ständerates am 19. November 2023 sind alle Kräfte der liberalen und bürgerlichen Kräfte zu bündeln und ist die Stimme Gregor Rutz zu geben. Der Kanton Zürich hat Gregor verdient!



Gregor Rutz ist der echte Vertreter des Wirtschaftskantons Zürich.

Bild: Wikipedia

## Fadegrad

von  
Manuel Zanoni

## Winterthur baut Tankstellen!

Was würde das für Schlagzeilen machen, wenn die Stadt Winterthur unter die Tankstellenbetreiber ginge und Benzin verkaufen würde! Leider ist die Realität nicht weit davon weg, nur macht sie etwas weniger Schlagzeilen. Die Stadt Winterthur hat nämlich ein unerfülltes Kundenbedürfnis entdeckt: Ladestationen für Elektrofahrzeuge in ihren Quartieren. Sie möchte sich deshalb als Unternehmerin versuchen und in Zukunft Ladestationen an Parkplätzen in der blauen Zone betreiben. Wie das so als Unternehmerin funktioniert, will sie in einem Pilotversuch herausfinden. Dazu baut sie drei Ladestationen zu einem stolzen Preis von jeweils 30'000 Franken auf. Eine auch bei mir im Quartier. Dabei scheint nur schon der Pilotversuch in einer reinen Geldverschwendung zu enden. Die Unternehmerin Stadt Winterthur hätte das Ergebnis desselben Pilotversuchs der Unternehmerin Stadt St. Gallen etwas genauer studieren sollen. Dass die Stadt St. Gallen aus dem Versuch ein positives Fazit zieht, macht mich etwas stutzig, als ich mir die im «Landboten» geschilderten Fakten anschau. Die drei Ladestationen in St. Gallen haben sieben Abonnenten und vier Gelegenheitsnutzer gefunden, die innerhalb eines Jahres 10'000 kWh bezogen, um damit rund 50'000 Kilometer zu fahren. Bei Installationskosten von 90'000 Franken für die drei Anlagen ergibt dies Fixkosten von 176 Franken pro 100 Kilometer. Natürlich plant ein Unternehmer für die Amortisation der Anlagen eher mehr Zeit ein. Wenn der Strombezug jedoch in diesem Stil weitergeht, betragen die Fixkosten auch in 22 Jahren noch 8 Franken pro 100 Kilometer. 8 Franken? Das ist die ungefähre durchschnittliche Differenz der Kosten pro 100 Kilometer zwischen einem Benziner (14 Franken) und einem Elektroauto (6 Franken). Nicht einberechnet sind die Kosten für den Betrieb, die Abrechnung und den Lohn der Verwaltungsangestellten, die dieses Projekt umsetzen. Man muss kein Unternehmer sein, um zu sehen, dass das nicht aufgeht. Keiner der Nutzer wird je den vollen Betrag fürs Aufladen bezahlen. Die tatsächlichen Kosten bleiben wie bei vielen rotgrünen Träumen beim Steuerzahler hängen. Er berappt also die Luxusladesäule vor des Nachbarns Haustüre. Dem Klima ist auch nicht gedient, indem man ineffizient genutzte Ladestationen baut und damit Ressourcen verschwendet. Ladestationen sollen von Privaten gebaut und betrieben werden, die auch finanziell in der Verantwortung stehen. Und, ohne jetzt lange nachzuforschen, auch das heutige Tankstellennetz brauchte keine staatliche Anschubfinanzierung. Tankstellen werden seit jeher gebaut, wo sie rentabel sind, verschwinden, wo sie es nicht sind, und zwar ohne dass der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird. Einmal mehr heisst es also «Augen auf!», wenn der Staat als Unternehmer tätig wird.

## AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

## Kurz vor der Abstimmung zur «Anti-Chaoten-Initiative»: Reine Meldepflicht für Demonstrationen bis zu 100 Personen

Immer mehr unbewilligte Demonstrationen, immer mehr linksextreme Gewalt. Doch statt gegenzusteuern, macht der linke Stadtrat genau das Gegenteil. Die Anti-Chaoten-Initiative ist dringender denn je.

Camille Lothe  
Präsidentin  
SVP Stadt Zürich  
Zürich

Der Stadtrat hat die Allgemeine Polizeiverordnung (APV) angepasst. Neu müssen politische Kundgebungen und Demonstrationen bis zu 100 Personen nur noch gemeldet werden. Es braucht keine Bewilligung mehr.

Für die SVP der Stadt Zürich stellt diese Änderung ein Sicherheitsrisiko dar. Mit einer reinen Meldepflicht ent-

zieht der Stadtrat der Stadtpolizei jeglichen Handlungsspielraum. Die Stadtpolizei wird hier zum reinen Zuschauer degradiert. Dabei ist es entscheidend, dass die Stadtpolizei gemeinsam mit der Stadt Einfluss auf den Demonstrationsablauf nehmen kann.

Missbrauchspotenzial:  
Wie handelt die Stadtpolizei?

Mit der Begrenzung auf 100 Personen begibt sich der Stadtrat weiter in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit. Gerade bei Demonstrationen ist die Anzahl der Teilnehmer schwierig im Vorfeld einzuschätzen. Für die SVP stellt sich die Frage: Wie reagiert die Stadt-

polizei, wenn mehr als 100 Personen zur Teilnahme erscheinen?

Das Risiko eines Missbrauchs, um die Bewilligungspflicht zu umgehen, ist enorm. Es bleibt offen, wie der Stadtrat den Missbrauch der reinen Meldepflicht verhindern will.

Sicherheitsvorsteherin Karin  
Rykart fördert rechtsfreie Räume

Es zeigt sich erneut, dass Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart unfähig ist, geregelte Zustände zu schaffen. Trotz klarer Anweisung des Statthalters findet monatlich die Critical-Mass-Demonstration ohne Bewilligung statt. Ebenfalls tolerierte die Sicherheitsvorstehe-

rin eine unbewilligte Pro-Palästina-Demonstration, trotz klarem eigenem Verbot. Eine Pro-Palästina-Demonstration mit antisemitischer Botschaft erhielt sogar eine Bewilligung. Diese Zustände sind inakzeptabel.

Jetzt braucht es die  
«Anti-Chaoten-Initiative»

Unverständlich ist, dass der Stadtrat die Abstimmung vom 3. März der «Anti-Chaoten-Initiative» nicht abwartet. Die Initiative fordert unter anderem eine kantonale Bewilligungspflicht. Bei einer Annahme der Initiative oder des direkten Gegenvorschlags würde diese auch für die Stadt Zürich gelten. Umso mehr zeigt der Entscheid des Stadtrats: Es braucht ein JA zur «Anti-Chaoten-Initiative». Nur die Initiative garantiert einheitliche Regeln im ganzen Kanton. Für die SVP der Stadt Zürich ist klar, dass mit einer reinen Meldepflicht der Demonstrationsdruck auf die Stadt Zü-



Sicherheitsvorsteherin Karin Rykart behindert die Arbeit der Stadtpolizei, statt für Sicherheit zu sorgen.

Bild: Wikipedia

«Mit der Begrenzung auf 100 Personen begibt sich der Stadtrat weiter in einen Zustand der Handlungsunfähigkeit.»

rich zusätzlich angeheizt wird. Die Kosten für den Polizeieinsatz bezahlt heute der Stadtzürcher Steuerzahler. Dieser Zustand muss geändert werden. Mit der «Anti-Chaoten-Initiative» müssen gewalttätige Chaoten an unbewilligten Demonstrationen endlich die Verantwortung übernehmen. Es sollte selbstverständlich sein, dass diese Chaoten die Kosten für den Polizeieinsatz übernehmen müssen.

Die SVP der Stadt Zürich wird sich intensiv für eine Annahme der Initiative einsetzen.

## AUS DEM DIETIKER GEMEINDERAT

## Nicht nur die Politik zählt

Bei den Nationalratswahlen musste die SVP Dietikon leider einen kleinen Verlust verkraften, doch die Wahlen gehen weiter. Es gibt aber nicht nur aus der Politik Wichtiges zu berichten. Letzte Woche fand eine grosse Übung der Feuerwehr statt.

Konrad Lips  
Fraktionspräsident/  
Gemeinderat SVP  
Dietikon

Dieses Mal werde ich auch von etwas jenseits der Politik berichten. Zuerst, wie sind die Nationalratswahlen in Dietikon gelaufen? Wir haben in Dietikon einen kleinen Verlust eingefahren. Daran merkt man, dass wir immer urbaner werden. Weiter hatten wir noch zwei Listen, wo ausschliesslich Leute aus Dietikon draufstanden. Wir lassen uns aber nicht entmutigen und werden uns weiter für unsere Stadt einsetzen.

## Wahlkampf geht weiter

Der Wahlkampf ist ja auch noch nicht vorbei. Die ersten Blachen für Gregor Rutz sind bereits aufgehängt, und die Mobilisierung hat begonnen. An der nächsten Gemeinderatssitzung haben wir alleine fünf Vorstösse, die sich um Littering und Abfall handeln. Haben wir denn keine anderen Probleme in Dietikon? Dieses Thema wurde in den letzten Jahren extrem viele Male im Rat behandelt. Die Vorstösse lösen aber dieses Problem nicht!

## Hauptübung der Feuerwehr

So, jetzt komme ich zu den Dingen jenseits der Politik. Am vergangenen Samstag war die Hauptübung der Feuerwehr Dietikon. Los ging es um 13.30 Uhr beim Feuerwehrgebäude. Zuerst wurde

an verschiedenen Posten aufgezeigt, was die Feuerwehr alles für Aufgaben zu lösen hat. Zum Beispiel gab es einen Unfall, und es lief gefährliche Flüssigkeit aus. Daraufhin wurde diese in einem Becken gesammelt, der Fahrer gerettet, und im nahen Fluss eine kleine Ölsperre errichtet. An einem anderen Posten wurde geübt, wie man mit dem Spreizer umgeht.

## Filmreifes Szenario

Eigentlich wäre jetzt die Pause angestanden, aber es ging gleich weiter mit

der Alarmübung. Diese fiel dieses Mal grösser aus, weil der Kommandant seine letzte Hauptübung hatte. Das Szenario war, dass zwei Autos verunfallten. Einer der Insassen ist geflüchtet und hat sich im Schulhaus versteckt. Dieser wurde dann auf dem Dach dingfest gemacht und musste mit der Autodrehleiter vom Dach geholt werden. Der andere Insasse wurde aus dem Auto geborgen und mit dem Helikopter abtransportiert. Ja, der Aufmarsch war gross. Alle Feuerwehren der Nachbargemeinden waren vor Ort, teilweise mit historischen Fahr-

zeugen, um dem abtretenden Kommandanten zu ehren. Dieser musste natürlich die Übung leiten, zum Abschluss seiner Karriere. Als die Übung beendet war, gab es den grossen Rückmarsch ins Depot. Mit der Stadtmusik und allen Feuerwehrautos, die vor Ort waren. Dann erfolgten noch verschiedene Beförderungen. Am Abend durften sich dann alle Feuerwehrleute bei Speis und Trank am Feuerwehrball vergnügen. Der Feuerwehrverein gestaltet bei diesem immer ein Rahmenprogramm. Man sieht, Dietikon hat sehr viele starke Vereine, die das Leben in Dietikon mitgestalten. Die SVP Dietikon ist mit mehreren Gemeinderäten und Parteimitgliedern in der freiwilligen Feuerwehr vertreten.



Die Feuerwehr Dietikon im Einsatz.

Bild: Facebook/ Feuerwehr Dietikon

## IN DER REGION

## Rheinauer Bunker öffneten ihre Türen

Im Sommer hatte die «Gesellschaft zur Stube» in Rheinau zum Tag der offenen Bunkertüren eingeladen. Dabei konnten mehrere kleine Festungswerke besichtigt werden.

RoMü. Im vergangenen Sommer waren in Rheinau die Türen verschiedener Bunkeranlagen geöffnet. Diese wurden im Vorfeld des Zweiten Weltkrieges als Bestandteil der Verteidigungslinie mit Maschinengewehrständen, Infanteriewerken und Tanksperrern gebaut, welche auch in der Nachkriegszeit von strategischer Bedeutung waren. Hier wäre auch Unterstützung mit der Artillerie aus der Festung Ebersberg bei Berg am Irchel zur Unterstützung gekommen.

wo einst der Stadtgraben und eine Stadtmauer an der schmalsten Stelle der Rheinschleife das Städtchen Rheinau schützten, wurden im letzten Jahrhundert verschiedene Bunkeranlagen verstärkt mit Stacheldrahtverhauern und Tanksperrern gebaut, welche auch in der Nachkriegszeit von strategischer Bedeutung waren. Hier wäre auch Unterstützung mit der Artillerie aus der Festung Ebersberg bei Berg am Irchel zur Unterstützung gekommen.

### Verschiedene Aufgaben

Eine zentrale Rolle nimmt innerhalb der Festungslinie der Maschinengewehrbunker «Räbhüsl» am östlichen Ende des Rebberges ein. Er war als eingeschossiger Maschinengewehrstand geplant und verfügt über entsprechende Reliefzielhilfen. Die Besatzung bestand aus sechs Personen, wobei die Raumverhältnisse sehr knapp waren. Die Besatzung wurde laufend ausgewechselt, weil für Ablösungen kein Platz vorhanden war. Innerhalb des Stadtgraben

auf der Seite des Hallenbades stehen zwei einfache Bunker mit leichter Bewaffnung. Auch sie verfügten nur über Karabiner- und Maschinengewehrstellungen, wobei auch hier die Mannschaften laufend ausgewechselt werden mussten. Für viele ist der Bunker «Korbwies» völlig unbekannt, welcher sich in der steilen Rheinuferböschung oberhalb und rheinaufwärts des Kraftwerkes befindet. Der heutige Ausbaustand als Infanteriewerk wurde erst nach dem Kraftwerkbau realisiert. Denn der erstellte Staudamm ist auch mit schwereren Fahrzeugen befahrbar und es musste eine entsprechende Bewaffnung im Bunker realisiert werden. Entsprechend wurde er mit einer Festungspak-Kanone 9cm ausgerüstet. Zugleich befindet sich im Untergeschoss der Mannschaftsteil, wo sich die Bunker-mannschaft mit 10 Schlafmöglichkeiten und einfacher Küche aufhalten und somit der Bunker autonom dank Erschliessung mit Strom und Wasser besetzt werden konnte.



Die Maschinengewehrstellung im Bunker «Räbhüsl».

Bild: ZVG

## WAHLEN 23

## Statistik-Debakel des Bundes

Dass der Verwaltung beim Stimmenzählen ein «Programmier-Fehler» unterlaufen ist, darf für die Schweizer Demokratie nur etwas bedeuten: Finger weg von E-Voting!



Claudio Zanetti  
Alt Nationalrat SVP  
Gossau

Nichts ist in einer Demokratie wichtiger als das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger, dass ein Wahlergebnis richtig ist. Die nachträgliche Korrektur der Wahlergebnisse vom letzten Sonntag durch das Bundesamt für Statistik ist darum ohne Zweifel peinlich. Immerhin: Der Fehler wurde gefunden. Doch was wäre, wenn er nicht entdeckt worden wäre?

### Nur ein Programmierfehler?

Schon bald hat die Vereinigte Bundesversammlung zu entscheiden, welcher Partei wie viele Sitze im Bundesrat zustehen. Der Gedanke, dies könnte aufgrund falscher Zahlen passieren, muss jeden Demokraten erschauern lassen. Der Grund für den Fehler sei «eine fehlerhafte Programmierung beim Datenimport in den Kantonen AI, AR, GL» gewesen, heisst es aus dem Bundeshaus. Manch einer dürfte sich nun fragen, warum der Datenimport für jeden Kanton gesondert programmiert werden muss und warum wir sicher sein können, dass er in allen übrigen Kantonen richtig programmiert wurde.

Doch das ist nicht der entscheidende Punkt. Ohne jemandem böse Absichten unterstellen zu wollen: Es kann doch nicht sein, dass wir nach jeder Volksabstimmung auf den Segen der Computerexperten angewiesen sind. Sollen sie über die Zusammensetzung des Bundesrats bestimmen?

### E-Voting macht uns verwundbar

Eines der Steckenpferde dieser Computerexperten der Bundeskanzlei ist das Projekt zur elektronischen Stimmabgabe. Oder einfacher: E-Voting.

Ohne jede Not und ohne dadurch etwas zu gewinnen, würde unsere Demokratie dadurch verwundbar. Das wird vorangetrieben, obwohl bekannt

ist, dass auch der Cyberspace längst Kriegsschauplatz ist.

Es braucht nicht einmal tatsächlich zu Manipulationen zu kommen. Gerüchte und Verweise auf kleinste Störungen schüren bereits Misstrauen. Wer dies zulässt, vergiftet die Demokratie, und für eine Referendumsdemokratie wie die unsrige dürfte dieses Gift sogar tödlich sein. Aus diesem Grund sind sämtliche laufenden E-Voting-Projekte einzustellen! Alle wesentlichen Schritte von Wahlen und Abstimmungen müssen öffentlich überprüfbar sein. Natürlich wird sich kaum jemand persönlich von der Richtigkeit des Ergebnisses überzeugen, indem er die Stimmtzettel nachzählt. Doch bereits das Wissen, dass dies theoretisch möglich ist, gibt Sicherheit und schafft Vertrauen. Die jüngste Rechenpanne zeigt, wie verletzbar unsere direkte Demokratie ist. So gesehen sollten wir für diesen Schuss vor den Bug dankbar sein.

Zuerst erschienen auf Weltwoche.ch



Die Wahlpanne zeigt: Das E-Voting birgt zu grosse Sicherheitsrisiken.

Bild: Bing Bild-Generator

## LESERBRIEFE

### Format Rutz

Frau und Mann sind gleichberechtigt. Da gibt es nichts einzuwenden. Deshalb muss für die Wahl in den Ständerat das Format entscheiden, nicht das Geschlecht. Da liegt Gregor Rutz klar vorne. Nationalrat Rutz bringt beruflich weit mehr mit als seine Konkurrentin. Er ist kein Einbahn-Politiker, kein Ideologe. Seine Aussagen sind stets faktenorientiert. Davon konnten wir uns bei einem ausgezeichneten Referat von Nationalrat Rutz über die Migration in Aadorf TG überzeugen. Auch die Umwelt liegt ihm am Herzen. Strom muss für alle

Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Gewerbe und Industrie bezahlbar sein. Gegenüber der Windenergie ist er skeptisch. Wenn der Wind nicht bläst, geben eben auch 100 Windräder nicht mehr Energie als eines; 0 x 100 ist 0, nur die Kosten bleiben immens. Bevor Rutz spricht, atmet er. Meinungen Anderer hört er an, wägt ab und argumentiert dann überzeugend und sachlich. Polemisch oder verletzend ist er nie. Seine soziale und wertkonservative Haltung ist genau das, was man von einem Ständerat erwartet. Neben Ständerat

Jositsch ist er politisch die ideale Ergänzung, um den Stand Zürich in Bern weiterhin würdig zu vertreten. Da wir heute angrenzend an den Kanton Zürich wohnen, gestatten wir uns doch, an die Zürcher Bevölkerung zu appellieren, Gregor Rutz in den Ständerat zu wählen. Nehmen Sie bitte diese Chance wahr!

Prof. Hugo E. Götz,  
a. Gemeindepräsident Rickenbach ZH

Kurt Streil, a. Stadtrat,  
Diessenhofen TG

### Politische Indoktrination

Am 3. Oktober verbrachten die Kinder der 6. Klasse der Primarschule Schönenberg ihren Vormittag damit, etwas über den Klimawandel und Umweltschutz zu lernen. Eine «Lehrerin» des Drittanbieters Pusch AG, der sich auf die Vermittlung von Umweltthemen konzentriert, kam, um den Unterricht zu übernehmen.

Eines meiner Kinder, welches die Lektion mitgemacht hatte, kam nach der Schule nach Hause und bombardierte mich mit Fragen über das, was ihm beigebracht worden war.

Ist die Schweiz wirklich der schlimmste Produzent von Lebensmittelabfällen? Sterben die Tannenbäume wirklich, weil es zu heiss ist und es zu viel CO<sub>2</sub> gibt?

Sind Nutztiere wirklich schlecht für das Klima und müssen wir sie wirklich reduzieren? Muss man vegan sein, wenn einem der Planet am Herzen liegt?

Ich habe mich mit meinem Sohn zusammengesetzt und ihm erstens gesagt, dass er nicht in Panik geraten soll und dass die Welt nicht untergehen wird. Dann ging ich die Themen durch, die ihnen «erklärt» worden waren, und versuchte, ihm eine ausgewogene Sichtweise zu vermitteln. Wir diskutierten dann darüber, dass einige der Dinge, die ihnen beigebracht worden waren, überhaupt nicht den Tatsachen entsprechen.

Interessanterweise stellt sich heraus, dass die «Lehrerin» des Auftragnehmers Kantonsrätin für die Grünen ist. Was

geschieht mit unserer Schulbildung? Politische Indoktrination hat im Klassenzimmer nichts zu suchen. Erfundene «Fakten», um eine grüne politische Agenda zu unterstützen, gehören ebenfalls nicht ins Klassenzimmer. Unsere Schulen haben es nicht nötig, externe «Experten» für solchen Unsinn zu engagieren.

Man stelle sich den Aufruhr in den Mainstream-Medien vor, wenn der Stadtrat einen SVP-Politiker damit beauftragt hätte, unsere Primarschüler über Einwanderung zu unterrichten.

Chris Tattersall,  
Gemeinderat SVP,  
Wädenswil

## LESERBRIEFE

### «Mediales Bombardement» gegen die katholische Kirche

Der Missbrauchsskandal erschüttert die katholische Kirche in unserem Land in den Grundfesten. Seit ein Team – mit zwei leitenden Professorinnen der Uni Zürich – in einem Bericht Missbrauchsfälle aufdeckten, ist in der Kirche der «Teufel» los.

Das Team bestätigt 1002 sexuelle Fälle von 1950 bis heute. Zu vielen Fällen liegen von Betroffenen lediglich Aussagen vor. Nach welchen Kriterien die Historikerinnen entschieden haben, was insbesondere «problematische Grenzüberschreitungen» sind, bleibt im Dunkeln. Es gilt (umgekehrt als üblich) die Schuldvermutung. Die Autorinnen haben mit der erwähnten Anzahl den Teppich gelegt – für weitere drei Jahre – Kirchengelder von rund 1,1 Millionen Franken zu kassieren. Wäre ein Teil des Geldes nicht besser für präventive Massnahmen (standardisierte, verbindliche Schutzkonzepte für Personen im Kirchendienst) einzusetzen? Selbstverständlich ist jeder Missbrauch, der nachgewiesen wird, einer zu viel und soll bestraft werden. Sexuelle Übergriffe kommen auch in Familien, Schulen und im Sport vor. In diesen Bereichen sind die Schlagzeilen viel weniger fett, wenn Menschen ihre persönlichen Neigungen ausleben. Viele Katholiken empfinden das «mediale Bombardement», das zurzeit gegen die katholische Kirche gefahren wird, zu-

nehmend heuchlerisch, weil aus diesem ein katholisches Sonderproblem geformt wird. Die kirchlichen Strukturen, die Sexualmoral, der Zölibat gelten als Wurzel des Übels. Unter Beschuss sind die Konservativen und Oberwasser erleben die Progressiven, augenfällig an der Woke-Bewegung, die immer religiösere Züge annimmt. Woke als Pseudoreligion – gegen den Katholizismus und den Traditionalismus.

Felix Gmür, der wendige Vorsitzende der Bischofskonferenz, geht in die Offensive und befürwortet im Eiltempo die Frauenordination und die Abschaffung der Zölibatspflicht. Nur weiss er selber, dass er römisch-katholisch nicht einfach mit schweizerisch-katholisch überschreiben kann. Wer verteidigt die Katholiken und die institutionellen Fundamente des Katholizismus in dieser schwierigen Zeit? Für die (noch) Gläubigen wäre schon viel gewonnen, wenn Geistliche und die übrigen Kirchenfunktionäre künftig weniger als Moralapostel aufträten, nicht politisierten, auf feministische Theologie und auf Woke-Ideologien in ihren Kirchgemeinden und Institutionen verzichteten. Mit der gewonnenen Zeit muss wieder vermehrt das Evangelium verkündet und gelebt werden.

Karl und Johanna Meier-Zoller,  
Effretikon ZH

**SVP DIGITAL**

**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.

**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.

**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von NR Roger Köppel.

**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!

**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

**SVP-STAMM**

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant La Torre, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

**19. Nov. Gönnd jetzt go wähle!**

**Ständeratskandidat Gregor Rutz im Einsatz**

**Freitag, 3. November**  
18.30 Uhr  
**Herbstfest SVP Bezirk Bülach**  
Gemeindesaal, Dorfstr. 9, 8424 Embrach  
Anmeldung an kontakt@svp-embrach.ch

**Samstag, 4. November**  
08.30 – 09.30 Uhr  
**Standaktion SVP Zollikon**  
Dorfplatz, 8702 Zollikon

**Dienstag, 7. November**  
20.00 Uhr  
**Wahlanlass der SVP Bezirk Winterthur**  
mit Gregor Rutz, alt Bundesrat Ueli Maurer und Nationalrat Martin Hübscher  
Restaurant Sagi, Wiesendangerstr. 15, 8543 Bertschikon

**Mittwoch, 8. November**  
12.00 – 14.00 Uhr  
**SVP-Stand am Jahrmarkt Andelfingen**  
Dorfkern, 8450 Andelfingen

rutz-fuer-zueri.ch

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, von 19.00 – 22.00 Uhr, Gasthof zur Sonne, Seestrasse 37, Stäfa.

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur-Seen.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamendingerhaus, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

**SVP-VERANSTALTUNGEN**

**Bezirk Andelfingen/Andelfingen**  
Mittwoch, 8. November 2023, 12.00 – 14.00 Uhr, SVP-Stand am Jahrmarkt, Dorf kern, Andelfingen, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

**Bezirk Bülach**  
Freitag, 3. November 2023, 18.30 Uhr, Herbstfest, Gemeindesaal, Dorfstrasse 9, Embrach, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

**Bezirk Dielsdorf/Buchs**  
Sonntag, 19. November 2023, 12.45 Uhr, Jasscup, Klubhaus des FC Buchs-Dällikon, Sportplatz Gheid, Buchs. Weitere Informationen unter www.jasscup.ch.

**IMPRESSUM**

**Zürcher Bauer** ISSN 1660-6701  
**Der Zürcher Bote** ISSN 2296-3480

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes. Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5% MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch. **Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Dr. Daniel Rickenbacher, Telefon 044 217 77 67. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zuercher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** veranstaltungen@svp-zuerich.ch **Layout:** cube media, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

**Bezirk Dielsdorf/Niederglatt**  
Samstag, 4. November 2023, 08.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, vor der Apotheke, Niederglatt.

Freitag, 10. November 2023, 19.00 Uhr, Martini-Mahl, Schiessstand 300 m, Niederglatt.

**Bezirk Dietikon/Aesch**  
Donnerstag, 16. November 2023, 20.15 Uhr, SVP-Stamm, Restaurant Landhus, Museumstrasse 1, Aesch, mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel.

**Bezirk Hinwil/Wetzikon**  
Samstag, 4. November 2023, 09.00 – 13.00 Uhr, Standaktion, vor dem Züri-Oberland-Märt, Wetzikon.

**Bezirk Meilen/Zollikon**  
Samstag, 4. November 2023, 08.30 – 09.30 Uhr, Standaktion, Dorfplatz, Zollikon, mit Ständeratskandidat Gregor Rutz.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 4. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

Samstag, 18. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Samstag, 4. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 11. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

Samstag, 18. November 2023, 09.00 – 12.00 Uhr, Standaktion, Schwamendingerplatz, Zürich.

**WEITERE VERANSTALTUNGEN**

Sonntag, 19. November 2023, 14.00 Uhr, Ustertag 2023, Reformierte Kirche, Uster. Ab 15.30 Uhr Apéro in der Landihalle Uster.

Mittwoch, 29. November 2023, 11.45 – 14.00 Uhr, Polit-Lunch, Hotel Restaurant Sonnetal, Zürichstrasse 96, Dübendorf, mit Nationalrätin Therese Schläpfer zum Thema «Windmonster». Kosten: 30 Franken, zahlbar vor Ort. Anmeldung (mit Wahl Fleisch oder Vegi) an liebi@schweizerzeit.ch.

**J A ZUR SCHWEIZER NEUTRALITÄT**

**DIE NEUTRALITÄTSINITIATIVE**

- Freiheit und Selbstbestimmung sichern
- Sicherheit, Frieden und Wohlstand bewahren
- Gute bilaterale Beziehungen zu allen Staaten pflegen

**neutralitaet-ja.ch**